

INHALT

17. Weitere aktualisierte Prognose der kassenmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden zwingt Gemeinden und Gemeindeverbände zum Handeln

18. Maßnahmen gegen die Verletzungsgefahr auf öffentlichen Spielplätzen

19. Eine Checkliste: Spielplatz

20. Bundesabgabenordnung ersetzt die Tiroler Landesabgabenordnung – Informationsveranstaltungen

Verbraucherpreisindex für März 2009 (vorläufiges Ergebnis)

17.

Weitere aktualisierte Prognose der kassenmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden zwingt Gemeinden und Gemeindeverbände zum Handeln

Das Bundesministerium für Finanzen hat mit Schreiben vom 22. April 2009, Zahl BMF-111103/0011-II/3/2009, eine auf Basis der Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo) vom März 2009 aktualisierte Prognose der kassenmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden (**einschließlich** FB-Selbstträgerausgleich) bis zum Jahr 2013 übermittelt (in Mio. Euro):

2008	2009	2010	2011	2012	2013
680,19	661,14	637,45	665,19	693,94	726,56

Das Bundesministerium für Finanzen geht in dieser weiteren Prognose von einer gegenüber der im Merkblatt für die Gemeinden Tirols März 2009 mitgeteilten Prognose des Wifo vom Dezember 2008 stärkeren Verminderung der kassenmäßigen Ertragsanteile 2009 gegenüber 2008 und 2010 gegenüber 2009 aus.

Die Gemeinden werden eindringlich gebeten, den Voranschlag 2009 mit der gebotenen Vorsicht zu vollziehen. Die aktualisierte Prognose ist insbesondere bei den Restertragsanteilen (Mindereinnahmen) und der Landesumlage (Minderausgaben) zu berücksichtigen.

Nach § 95 Abs. 4 der Tiroler Gemeindeordnung 2001, LGBL. Nr. 36, ist für den Fall des voraussehbaren Ausbleibens von im Voranschlag veranschlagten Einnahmen eine entsprechende Budgetsperre vorzusehen. Die Budgetsperre bedarf eines Beschlusses des Gemeinderates.

Damit die Gemeinde die Budgetsperre berechnen kann, werden in der Folge die erforderlichen Berechnungsgrundlagen bekanntgegeben:

1. Einwohnerzahl Tirols gemäß
FAG 2008 § 9 Abs. 9 – **vorläufig** 701.413
2. Abgestufte Bevölkerungszahl 2009 – **vorläufig** 1.163.926,20
3. Finanzkraft I 2009 € 111.932.245,-
4. Finanzkraft II 2009 € 631.370.947,-
5. Finanzkraft III 2009 € 112.351.952,-
d. s. pro Einwohner € 160,20
6. Geschätzte Ertragsanteile 2009
(ohne FB-Selbstträgerausgleich) € 657.974.000,-
Bedarfsausgleich € 24.320.300,-
Getränkesteuer ausgleich € 55.940.000,-
Werbesteuer ausgleich € 640.000,-
Werbeabgabe € 3.350.000,-
Ausgleichs-Vorausanteil gemäß
§ 11 Abs. 5 – FAG 2008 € 13.520.100,-
Ausgleichs-Vorausanteil gemäß
§ 11 Abs. 8 – FAG 2008 € 3.166.000,-
Restertragsanteile 2009 € 477.147.630,-
pro Kopf der abgestuften
Bevölkerung € 409,95
Landesumlage: 7,46%
(= 43,59% der FK I) € 48.787.206,-

18.

Maßnahmen gegen die Verletzungsgefahr auf öffentlichen Spielplätzen

Neue Normen legen Sicherheitsstandards für Spielplatzgeräte fest

Rutschen, Schaukeln, Klettern – für Kinder aller Altersstufen ist das ein großer Spaß. Doch für rund 6.900 unter 15-Jährige endete das Spielvergnügen mit so schweren Verletzungen, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die Verletzungen reichen von Abschürfungen und Prellungen bis hin zur häufigsten Verletzung, dem Knochenbruch: 61 Prozent der Kinder zogen sich eine Fraktur zu.

Normgerechte Spielplatzgeräte reduzieren Verletzungsrisiko

Spielplätze bieten vielfältige Bewegungsmöglichkeiten, die für die kindliche Entwicklung enorm wichtig sind. Viele Unfälle passieren aufgrund von übermäßigem Verhalten. „Kinder sollen in ihrem Bewegungsdrang aber nicht eingeschränkt werden. Vielmehr müssen Spielplätze so gestaltet und ausgestattet sein, dass das Verletzungsrisiko minimiert wird. Damit Verletzungen vermieden oder möglichst gering gehalten werden, sollten Spielplatzbetreiber und Gerätehersteller Sicherheitsnormen einhalten“, sagt Dr. Anton Dunzendorfer, Leiter des Bereichs Heim, Freizeit & Sport im Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV). Mit der neu bearbeiteten Normenserie ÖNORM EN 1176 (Spielplatzgeräte und Spielplatzböden) und der ÖNORM EN 1177 (stoßdämpfende Spielplatzböden) legt das österreichische Normungsinstitut sicherheitstechnische Anforderungen und Prüfverfahren für Spielplatzgeräte und -böden fest. Die Anforderungen der Normen entsprechen dem aktuellen technischen Stand und beziehen sich auch auf neu entwickelte Spielgeräte. Immer häufiger findet man auf Spielplätzen so genannte vollständig umschlossene Spielgeräte wie beispielsweise Burgen, in die Kinder über Zugänge hinein, hinauf und wieder hinaus klettern können. Laut Norm sollen Erwachsene jeden Punkt im Inneren derartiger Spielgeräte erreichen können. Die Einhaltung dieser Regelung ist wichtig, um dem Kind im Ernstfall helfen oder bei Verletzungen rechtzeitig reagieren zu können. Netze aus beweglichen Elementen z. B. Seilen oder Ketten sollen normgerechte

Durchgangsöffnungen und Fallhöhen aufweisen, um Sturzverletzungen zu vermeiden. Der Fallraum muss von Hindernissen und Gegenständen frei gehalten werden und je nach Fallhöhe mit bestimmten sturzhemmenden Materialien (z. B. bei einer Höhe zwischen 0,60 und 1,50 Meter mit Gras) angelegt sein.

Individuelle Entwicklung des Kindes berücksichtigen

Erstmals berücksichtigt wurde, dass nicht das Alter eines Kindes dafür entscheidend ist, ob es ein Gerät benutzen darf, sondern die individuelle Fähigkeit und Entwicklung. Bisher galt bei vielen Geräten die Drei-Jahres-Grenze, d. h. bestimmte Geräte waren für Kinder ab drei Jahren zugelassen. Geschicklichkeit, Kraft oder Balance hängen aber von der individuellen Entwicklung eines Kindes ab und können nicht auf das Alter allein festgelegt werden. Eltern müssen neben ihrer generellen Aufsichtspflicht daher am Spielplatz auch darauf achten, ob ihr Kind ein bestimmtes Gerät schon benutzen kann oder besser auf anderen Spielplatzgeräten spielt, die seinen Fähigkeiten eher entsprechen.

Verantwortungsvolle Spielplatzbetreiber halten sich an Normen

Die Haftung von Spielplatzunfällen fällt in den Verantwortungsbereich des Betreibers. Die Gemeinden müssen dafür sorgen, dass die von ihnen betriebenen Geräte in einwandfreiem Zustand sind und keine Gefahr für Kinder darstellen. Die Einhaltung der Sicherheitsnormen für Spielplatzgeräte ist zwar nicht verbindlich, wird aber dringend empfohlen. Die festgelegten Anleitungen für Gestaltung, Wartung und Betrieb von Spielplätzen haben das Ziel, Unfälle zu verhindern, und können daher straf- und schadenersatzrechtlich von Bedeutung sein.

Rückfragehinweis:

Bakk. phil. Elisabeth Gerstendorfer,
Kuratorium für Verkehrssicherheit,
Marketing & Kommunikation,
Tel. 05-77077-1906

E-Mail: elisabeth.gerstendorfer@kfv.at, www.kfv.at

19.

Eine Checkliste: Spielplatz

Auf jedem Spielplatz sollte eine Hinweistafel mit dem Namen, der Adresse und der Telefonnummer des Spielplatzbetreibers angebracht sein.

Platzspezifische und hygienische Anforderungen

- Ist der Spielplatz klar von der Straße abgegrenzt (z. B. durch Zaun, Büsche)?
- Sind die vorhandenen Einfriedungen in Ordnung und Türen gut schließbar?
- Ist eine Hundeverbotstafel deutlich sichtbar?
- Ist eine Fahrradverbotstafel auf Kleinkinderspielplätzen deutlich sichtbar?
- Ist der Spielplatzbereich frei von giftigen Pflanzen (z. B. Goldregen, Pfaffenhütchen, Eibe)?
- Ist der Spielplatz insbesondere im Sandspielbereich frei von verrottetem Laub, Speiseresten, Glasscherben und Hundekot?

Gerätesicherheit

- Sind die Geräte fest mit dem Untergrund verbunden?
- Sind die Fundamente unsichtbar?
- Sind die Geräte frei von verrotteten oder morschen Holzteilen oder verrosteten Metallteilen?
- Sind Ecken und Kanten der Spielgeräte abgerundet?
- Sind die Oberflächen splitterarm, ohne scharfe oder vorspringende Kanten und ohne hervorstehende Teile (Nägel)?
- Sind die Spielgeräte soweit voneinander entfernt, dass sich spielende Kinder nicht gegenseitig behindern?
- Ist der Geräteuntergrund mit dämpfendem Material ausgestattet (Sand, Feinkies, Fallschutzmatten)?

Schaukeln

- Hängen maximal zwei Schaukeln nebeneinander in einer Reihe?
- Beträgt der Bewegungsraum vor und hinter dem Schwingungsbereich einer Schaukel mindestens 2 m?
- Besteht die Sitzfläche aus nicht zu hartem Material (z. B. PKW-Reifen, Kunststoffstoffsitz)?

- Beträgt der Abstand des Schaukelsitzes zum Boden mindestens 40 cm?

Wippen

- Sind bei den Wippen Haltegriffe und Puffer (vorzugsweise an der Wippe und nicht am Boden befestigt) vorhanden?

Sandkisten

- Ist die Sandkisteneinfassung nicht aus Stein und weist sie keine scharfen Kanten auf?

Klettergeräte

- Ist der Fallbereich unter Klettergeräten frei von Vorsprüngen, spielplatzfremden Gegenständen (z. B. große Steine oder Sitzbänke) und anderen Spielgeräten?
- Sind Geländer bzw. Brüstungen so gestaltet, dass sie weder zum Klettern verleiten (keine horizontalen Verstrebenungen an der Innenseite) noch ein Durchrutschen ermöglichen?
- Sind die Standflächen und Podeste gesichert?
- Ist bei Kletternetzen die Maschenbreite entweder sehr eng (weniger als 7 cm) oder sehr breit (mehr als 20 cm)?
- Sind Kletterseile an beiden Enden verankert und ist keine Schlingenbildung möglich?

Rutschen

- Weist die Rutschfläche am Ende einen ausreichend langen Auslauf in gewölbter, abgerundeter Form auf?
- Beträgt die Höhe der Außenwände der Rutschflächen mindestens 15 cm?
- Ist der Aufstieg zur Rutsche mit einem Handlauf ausgestattet?
- Ist der waagrechte Rutschenanfang (Einsitzbereich) ausreichend gesichert (50 cm hohe Seitenteile als Absturzsicherung)?
- Sind die Kettenglieder höchstens 8 mm breit, so dass keine Finger eingeklemmt werden können?

20.

Bundesabgabenordnung ersetzt die Tiroler Landesabgabenordnung – Informationsveranstaltungen

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2010 wird das Abgabenverwaltungsreformgesetz, BGBl. I Nr. 20/2009, in Kraft treten.

Im Zuge dieser Gesetzesänderung wird die Tiroler Landesabgabenordnung – TLAO durch die Bundesabgabenordnung – BAO ersetzt.

Da diese Änderung eine Reihe von Anpassungen im Abgabebereich erforderlich werden lässt, ist seitens der Abteilung Gemeindeangelegenheiten beabsichtigt, in den Bezirken Informationsveranstaltungen anzubieten.

Die Informationsveranstaltungen werden voraussichtlich in der Zeit vom 14. September 2009 bis 16. Oktober 2009 stattfinden.

Die genauen Termine dieser ca. 3-stündigen Informationsveranstaltungen sowie der Veranstaltungsort werden zu gegebener Zeit bekanntgegeben.

Es wird jedoch bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ersucht, die mit dieser Materie befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die geplante Schulungsmaßnahme in Kenntnis zu setzen.

Mag. Peter Stockhauser,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR MÄRZ 2009 (vorläufiges Ergebnis)

	Februar 2009 (endgültig)	März 2009 (vorläufig)		Februar 2009 (endgültig)	März 2009 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005 Basis: Durchschnitt 2005 = 100	107,0	107,3	Index der Verbraucherpreise 66 Basis: Durchschnitt 1966 = 100	444,3	445,5
Index der Verbraucherpreise 2000 Basis: Durchschnitt 2000 = 100	118,3	118,7	Index der Verbraucherpreise I Basis: Durchschnitt 1958 = 100	566,0	567,6
Index der Verbraucherpreise 96 Basis: Durchschnitt 1996 = 100	124,5	124,9	Index der Verbraucherpreise II Basis: Durchschnitt 1958 = 100	567,8	569,4
Index der Verbraucherpreise 86 Basis: Durchschnitt 1986 = 100	162,9	163,3	Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat März 2009 beträgt 107,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Februar 2009 um 0,3 % gestiegen (Februar 2009 gegenüber Jänner 2009: + 0,4 %). Gegenüber März 2008 ergibt sich eine Steigerung um 0,8 % (Februar 2009/2008: + 1,3 %).		
Index der Verbraucherpreise 76 Basis: Durchschnitt 1976 = 100	253,2	253,9			

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck